

# Bevölkerungspolitik

## Impressum

HerausgeberIn: JungdemokratInnen/Junge Linke NRW  
Herner Straße 79, 44791 Bochum  
Tel.: 0234/57967849, Fax: 0234/57967850  
E-mail: [info@jungdemokratinnen.de](mailto:info@jungdemokratinnen.de)  
Internet: <http://www.jungdemokratinnen.de>

V.i.S.d.P.: Helen Schwenken c/o JD/JL NRW

Auflage: 1. Auflage 1997: 500  
2. Auflage 2001: 100 (unveränderter  
Nachdruck)

Druck: Eigendruck

## Bevölkerungspolitik - Eine Politik über Frauenkörper

**Im Laufe der Jahre feministischer Bewegung haben sich Frauen immer wieder gegen Eingriffe gewehrt, die ihre Gebärfähigkeit betreffen. Sei es der jahrzehntelange Kampf um die Abschaffung des §218 oder der Protest gegen Zwangssterilisationen von Frauen im Trikont.**

### Worum es geht

Auf einen Nenner bringen läßt sich diese auf den ersten Blick widersprüchliche herrschende Praxis unter dem Begriff Bevölkerungspolitik. Bevölkerungspolitik meint den gesellschaftlich vermittelten Eingriff in das generative (die Fortpflanzung betreffende) Verhalten von Bevölkerung.

Bevölkerungskontrolle als Fortpflanzungssteuerung von außen und Geburtenkontrolle als Mittel für Frauen, selbst über ihre Lebensplanung zu entscheiden, sind zwei sehr verschiedene Dinge. Selbstbestimmte Fortpflanzung führt zu einer Veränderung in der Bevölkerungsentwicklung, reguliert aber nicht.

Dabei wirkt Bevölkerungspolitik sowohl quantitativ (auf die Größe der Bevölkerung) als auch qualitativ (auf die Eigenschaften). Wir beschäftigen uns hier mit qualitativer Bevölkerungspolitik nur am Rande.

Praktische Grundlage von Bevölkerungspolitik ist Familienplanung, d.h. durch individuelles Handeln wird das Fortpflanzungsverhalten bestimmt - eine Politik, die letztendlich immer nur durch die Verfügungsgewalt über Frauenkörper realisierbar ist. Die Frau als Person gerät dabei aus dem Blick, wenn das gesellschaftliche Interesse nur noch Fötus, Uterus und einzelnen weiblichen Organen gilt. Zudem ist es in patriarchalen Gesellschaften so, daß der Frau häufig die eigene Sexualität abgesprochen wird, sie jedoch für ihre Fruchtbarkeit alleine

verantwortlich gemacht wird. Praktisch gesehen heißt das, daß sie für die Verhütung und/oder die Folgen einer (ungewollten) Schwangerschaft verantwortlich ist. Deutlich wird die einseitige Verantwortung in der Verhütungsfrage auch, wenn mensch sieht, daß fast ausschließlich Mittel erforscht werden, die die Fruchtbarkeit der Frauen regulieren. Mittel, die beim Mann ansetzen, wie zum Beispiel die Sterilisation des Mannes oder die Pille für den Mann, setz(t)en sich in patriarchalen Gesellschaften nicht durch - gleichzeitig werden die Gefahren bei der Sterilisation von Frauen weiterhin heruntergespielt. Frauen, die Adressatinnen von Bevölkerungspolitik, kommen als Subjekt kaum vor, sie werden lediglich als Gebärerinnen gesehen, deren Fruchtbarkeit reguliert werden muß<sup>1</sup>.

Bevölkerungspolitik wird sowohl von einzelnen Staaten gegen die eigenen EinwohnerInnen als auch von einzelnen Staaten oder Interessensgemeinschaften von Staaten gegen die Bevölkerungen anderer Staaten durchgeführt. Bei modernen bevölkerungspolitischen Maßnahmen schaffen die jeweiligen Nationalstaaten dabei lediglich die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die zusammen mit zum Beispiel ökonomischen Zwängen oder kulturellen Normen die Basis der Regulation von Bevölkerung bilden.

So betreibt die Bundesrepublik innerstaatlich pronatalistische (geburtensfördernde) Bevölkerungspolitik. Das wird zum Beispiel an finanziellen Zuwendungen für Kinder und kinderreiche Familien sowie durch den §218 deutlich. Gleichzeitig betreibt die BRD zusammen mit anderen reichen Staaten des Nordens antinatalistische (geburtensenken-

---

<sup>1</sup>„Wie nur wenige Säugetiere hat der Mensch permanent Paarungszeit. Und obwohl ein relativ langsamer Brüter, kann das menschliche Weibchen im Laufe ihres Lebens 20mal gebären.“, aus: Claus Jacobi: Uns bleiben 100 Jahre, Ursachen und Auswirkungen der Bevölkerungsexplosion, Frankfurt am Main 1986.

de) Bevölkerungspolitik gegen die arme Bevölkerung im Trikont (Afrika, Asien und Lateinamerika).

Diese zwei Seiten ein und derselben Medaille wollen wir in diesem Text verfolgen.

## Wandel in den Begründungen und Zielen von Bevölkerungspolitik im Trikont

Sowohl die Mittel zur Durchsetzung von Bevölkerungspolitik als auch die Argumentationen und letztendlich auch Ziele von Bevölkerungspolitik wechselten im Laufe der Jahrzehnte und passen sich den gerade aktuellen Entwicklungen und Diskursen an. Um die Interessen an Bevölkerungspolitik in ihrer Gänze zu erfassen, müßte zunächst die patriarchalisch gestützte Weltwirtschaftsordnung analysiert werden. Unter anderem greifen drei Aspekte ineinander: Vernichtung der Armen anstatt der Armut, Begrenzung von Migration sowie Angliederung und strukturelle Anpassung der jeweiligen Regionen an den kapitalistischen Weltmarkt.

Nach dem 2. Weltkrieg spielte auch präventive Aufstandsbekämpfung eine Rolle. Schließlich können Kinder, die gar nicht erst geboren werden, auch keine RevolutionärInnen werden<sup>2</sup>. In der Geschichte der Unterdrückung der Trikontländer spielten die Befreiungsbewegungen eine wichtige Rolle, und Bevölkerungspolitik war neben Geheimdienstoperationen, Folter, "Hunger als Waffe", etc. ein Mittel, diese Bewegungen kleinzuhalten.

---

<sup>2</sup>"In Lateinamerika ist es einfacher, einen Guerillero im Mutterleib zu töten, als ihn in den Bergen und Straßen zu suchen." (McNamara, Ex-Präsident der Weltbank)

1962 erklärte die UNO "Überbevölkerung" der "unterentwickelten Länder" zum Weltproblem Nummer eins. Ab den späten 60er Jahren sollte per Bevölkerungskontrolle die Armut und der Hunger bekämpft werden. Entgegengesetzt dazu wurde auch angenommen, daß, wenn die Armen in den Ländern des Südens erst einmal keine Versorgungssorgen hätten, es nicht mehr notwendig wäre, viele Kinder zur alltäglichen Versorgung der Familie und der Eltern im Alter zu haben, also die Geburtenziffern von selbst zurückgingen.

Diese gewaltsame Schaffung bürgerlicher Verhältnisse, die unter diesem Aspekt nicht zuletzt zur Entstehung des institutionalisierten Patriarchats, der Kleinfamilie, führt, ging und geht noch immer einher mit dem Interesse gerade von Seiten internationaler Konzerne, die Subsistenzwirtschaft zu zerstören - um die Menschen in den kapitalistischen Produktions- und Konsumtionsprozeß einzubinden, auf den sie vorher nicht permanent angewiesen waren. Dies ist eine für die Angliederung an den Weltmarkt und die Ausweitung der weltweiten Kapitalverwertung und -akkumulation auf die noch nicht durchkapitalisierten Bereiche notwendige Entwicklung<sup>3</sup>. Gleichzeitig werden damit widerständige Strukturen geschwächt. So lieferten die USA schon in den 50er Jahren große Mengen Weizen in Länder des

---

<sup>3</sup>"Man hat gesehen, wie Geld in Kapital verwandelt, durch Kapital Mehrwert und aus Mehrwert mehr Kapital gemacht wird. Indes setzt die Akkumulation des Kapitals den Mehrwert, der Mehrwert die kapitalistische Produktion, diese aber das Vorhandensein größerer Massen von Kapital und Arbeitskraft in den Händen von Warenproduzenten voraus. Diese ganze Bewegung scheint sich also in einem fehlerhaften Kreislauf herumdrehn, aus dem wir nur hinauskommen, indem wir eine der kapitalistischen Akkumulation vorausgehende "ursprüngliche" Akkumulation ("Previous accumulation" bei Adam Smith) unterstellen, eine Akkumulation, welche nicht das Resultat der kapitalistischen Produktionsweise ist, sondern ihr Ausgangspunkt." Karl Marx, Das Kapital Band 1, S. 741

Südens, wodurch KleinbäuerInnen und HändlerInnen ihre Lebensgrundlage entzogen wurde. Der nächste Schritt war die Industrialisierung der Landwirtschaft mit allen Errungenschaften der Agrotechnik.

In den 70er und 80er Jahren hieß es dann, Gesundheit, Frauenbildung und Emanzipation würden durch die Familienplanung vorangetrieben. Sie waren das Vehikel, über das westliche Vorstellungen von Eigenverantwortung, getarnt als Emanzipation und Selbstbestimmung, Einzug in die bevölkerungspolitische Praxis hielten. Emanzipation wird dabei im Wesentlichen verstanden als Befreiung von häufigen Schwangerschaften und Geburten. Gleichzeitig sorgten sie für Akzeptanz im Norden und halfen dabei mit, NRO's (Nicht-Regierungs-Organisationen) und andere vermeintlich fortschrittliche Lobbygruppen in die bevölkerungspolitische Arbeit zu integrieren.

Auch ökonomisch lohnt sich das: Es ist rentabler, Frauen Zugang zu Bildungseinrichtungen und Arbeitsplätzen zu verschaffen. Deutlich zeigt sich das im Weltbevölkerungsbericht von 1992: "Frauen - das verschwendete Kapital".

Seit einigen Jahren wird die Schein-Alternative "Bevölkerung oder Umwelt" konstruiert. Indem die IdeologInnen der Bevölkerungspolitik ihre Interessen mit der Sorge um die Umwelt kaschieren, erreichen sie zwei Ziele zugleich: Sie lenken von den wahren VerursacherInnen der Umweltzerstörung ab und schieben die Verantwortung gleichzeitig den Armen in den Ländern des ("überbevölkerten") Südens zu. Bei dieser Argumentation geht es nicht um Umwelt, sondern um die Sicherung von Ressourcen<sup>4</sup>, den Erhalt der kapitalistischen Wachs

---

<sup>4</sup>Denn wenn der Kollaps der Entwicklungsländer nicht mehr aufzuhalten ist, schneiden sie (die Industrienationen, die AutorInnen) sich selbst von Ressourcen ab, die sie wohl noch

tumsgesellschaft sowie des westlichen Demokratieverständnisses, dem sich die Menschen, hier insbesondere die Frauen, beugen müssen.

Die ideale moderne Propaganda für Bevölkerungspolitik muß es schaffen, beide Themen, Frauen und Ökologie, miteinander zu verknüpfen. Bevölkerungspolitik wird seit ein paar Jahren als praktische Unterstützung der Frauen propagiert, als Förderung ihrer Emanzipation. Die sonst an den Rand der Gesellschaft gedrängten Frauen werden auf einmal ernst genommen.<sup>5</sup> Allerdings wird ihnen in der aktuellen Diskussion eine Doppelrolle zugewiesen: Einerseits soll ihre Emanzipation gefördert werden, zum anderen werden sie für die "Bevölkerungsexplosion" und damit auch indirekt für die Umweltzerstörung und den Ressourcenverbrauch verantwortlich gemacht. Da hilft nur eins: die Beschränkung ihrer Fruchtbarkeit!

Das häufig vorgebrachte Ökologieargument bezieht sich zumeist auf die Bevölkerungsdichte eines Landes. Schaut mensch sich jedoch die reale Bevölkerungsdichte eines Landes an, so stellt mensch schnell fest, daß die BRD 1984 mit 245 EinwohnerInnen pro Quadratkilometer dichter besiedelt war als das angeblich überbevölkerte Indien, wo 205

---

auf lange Zeit benötigen werden. [...] Es sei denn, Kriege würden zum Mittel, die Schätze der Erde neu aufzuteilen.", aus: Dieter Beisel: Bevölkerungsexplosion: Menschlicher Weg zu weniger Menschen, in: Natur Nr. 6, 1984

<sup>5</sup>Aus dem Weltbevölkerungsbericht von 1989: "Das Ausmaß, in dem Frauen über Angelegenheiten, die ihr Leben betreffen, frei entscheiden können, könnte der Schlüssel zur Zukunft nicht nur der armen, sondern auch der reicheren Länder werden. [...] Die Bereitstellung von Familienplanungsleistungen ist vielleicht einer der besten Wege, in Frauen zu investieren. Außerdem wird gleichzeitig auch das Bevölkerungswachstum entscheidend beeinflußt."

Menschen auf einem Quadratkilometer lebten. Entscheidend ist weiterhin, woher die Ressourcen stammen, die den meisten Menschen in den nördlichen Industrieländern ein angenehmes Leben ermöglichen. Der größte Teil der Produktion der Trikontländer geht in den Export. Viele arme Länder des Südens könnten, wenn sie nicht mehr für den Export und wieder in kleineren Landeinheiten produzieren würden, sich problemlos ernähren. Das eine Viertel der Weltbevölkerung, das in den Ländern des Nordens wohnt, verbraucht über drei Viertel der weltweit produzierten Rohstoffe, Energie und Nahrungsmittel. Armut und Wohlstand sind keine Fragen der Bevölkerungsdichte, sondern eine Frage der Verteilung bzw. der Produktionsweise.

Sämtliche Argumente der Nachkriegsbevölkerungspolitik werden heute erneut miteinander verknüpft, wenn der Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum, Flucht und Migration diskutiert wird. Nur ein Bruchteil der weltweit fliehenden Menschen gelangt in die nördlichen Industrieländer, dennoch befürchten die Metropolen, daß bei zunehmender Verarmung der armen Länder, sich Flüchtlingsströme in Richtung Norden in Bewegung setzen könnten. Aus diesem Grund gibt es ein Interesse an der Verminderung der weltweiten Armutsbevölkerung.

Der Themenkomplex Bevölkerung hat selbst in sicherheitspolitischen Strategien Eingang gefunden. In den "Verteidigungspolitischen Richtlinien" von 1992 heißt es, daß "demographische, ökonomische und ökologische Fehlentwicklungen" in den Ländern der Dritten Welt zu den "nicht-militärischen Risiken" von besonderer Brisanz zählen. "Kommt es zu solchen Fehlentwicklungen, werden zerstörerische Einflüsse auch in die hochentwickelten Gesellschaften getragen. Bei insgesamt negativem Entwicklungsverlauf kann dieser Zusammenhang auch militärische Dimensionen gewinnen."

## Vom Umgang mit dem Begriff Bevölkerung

Das inzwischen akzeptierteste Argument für Bevölkerungspolitik ist die Drohung mit der "Bevölkerungsexplosion" oder "Bevölkerungsbombe". Diese Begrifflichkeiten wecken Ängste, vermitteln etwas Katastrophales, Unkontrollierbares. Das Bedürfnis nach einer Macht, die das Unheil abwendet und das Unkontrollierbare unter Kontrolle bringt, wächst.

Auch durch die statistische Erfassung, Darstellung und Kontrolle von Bevölkerung wird ein Problem konstruiert, das es so nicht gibt. Diagramme, Schaubilder und Modelle füllen heute Zeitungen und Fachbücher. Für das allgemeine Publikum werden Schlagworte und Beschwörungsformeln wie "wir sind zu viele" oder "die Bevölkerungsbombe tickt" mit bebilderten Statistiken, Prognosen oder Fotos von überfüllten indischen Zügen unterfüttert. Büroangestellte im Feierabendverkehr zwischen Düsseldorf und Wuppertal oder Blechkolonnen auf Parkplätzen vor Stadien mit Rolling Stones-Konzerten tauchen seltsamerweise nicht auf.

Durch verzerrte Darstellungen soll in Grafiken häufig ein unendliches Wachstum assoziiert werden. Für das Fachpublikum werden

verschiedenste Berechnungsmöglichkeiten und Gleichungen abgedruckt, Unwägbarkeiten bei der Ermittlung von Fruchtbarkeitstrends und Wanderungsbewegungen benannt, Lösungen durch Schemata und mathematische Gleichungen werden sofort mitgeliefert. Menschen werden durch Zahlen ersetzt, diese Daten werden in Bezug zu Ressourcenverbrauch, Müllbelastungsgrenzen etc. gesetzt. Die Ideologiegebundenheit dieser Modelle, Kurven und Szenarien bleibt durch geschickte graphische Aufmachung verborgen.

### Bevölkerungspolitik im Trikont konkret

Ebenso wie die Argumentation pro Bevölkerungspolitik haben sich auch die dazu eingesetzten Verhütungsmittel gewandelt. Von den zwangsweise durchgeführten Massensterilisationen wurde umgesattelt zu sog. integrativen Programmen. Programme, an denen die Frauen in die Maßnahmen miteinbezogen werden und dem ganzen ein emanzipatorisches Mäntelchen geben. Jedoch sind die Kriterien für Verhütungsmittel klar: "Es sollte lange wirken, Schwangerschaften sicher verhüten und gegebenenfalls reversibel sein. Seine Verbreitung muß leicht, flächendeckend und billig auch in Gegenden ohne entsprechende Infrastruktur möglich sein und die Benutzung keine hohe eigene Motivation der Frauen erfordern. [...] Die Forschungen nach neuen Verhütungsmitteln konzentrieren sich auf solche Mittel, deren Anwendung von außen kontrolliert werden kann und bei denen Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Frau ausgeschaltet sind."<sup>6</sup>

Die Pille erwies sich als ungeeignet für Frauen in armen Ländern, da ihnen nicht die regelmäßige Einnahme zugetraut wurde und sie

jederzeit durch eigene Entscheidung wieder abgesetzt werden konnte. Das gleiche gelte für Sprays, Cremes und Kondome (hierbei ist sogar die Bereitschaft des Mannes gefordert, die allerdings kaum gegeben sei). Daraufhin entwickelte die pharmazeutische Industrie "Dreimonatsspritzen", also Hormoninjektionen. Die Frauen, die alle drei Monate von mobilen Einsatzteams massenhaft abgespritzt wurden, wurden jedoch nicht über die Nebenwirkungen informiert. Anfang der 70er Jahre wurde die Forschung nach langfristigen Verhütungsmitteln institutionalisiert.<sup>7</sup> Ergebnis war unter anderem die Entwicklung der höchst gefährlichen Hormonimplantate Norplant und Norplant 2. Diese Mittel wurden an den Trikont-Frauen getestet, und natürlich gibt es nur Mittel, die für Frauen produziert wurden. Im Rahmen der Genforschung und Reproduktionsmedizin werden zur Zeit verhütende Impfstoffe entwickelt. Bei den Impfungen besteht zusätzlich zu den "Neben"wirkungen die Gefahr, daß die Frauen ohne ihr Wissen, meist in Kombination mit z.B. einer harmlosen Tetanusimpfung, unfruchtbar gemacht werden.

Die Methoden, die Frauen dazu zu bringen, diese Mittel auch einzusetzen, können dabei sowohl integrativ als auch repressiv sein. So gibt es beispielsweise Erfolgsprämien für Mitarbeiterinnen von Familienplanungseinrichtungen. Gelingt es nicht, genügend Familien zur Empfängnisverhütung zu "motivieren", kann das Gehalt gekürzt oder bis zum Erreichen der Sollzahlen einbehalten werden.

Häufig wird die Vergabe von Kleinkrediten an die Verpflichtung gekoppelt, Familienplanung zu betreiben. Werden die Kreditnehmerinnen - es handelt sich dabei in der Regel um Frauen ohne ausreichendes monetäres Einkommen - entgegen den

---

<sup>6</sup>Große Anfrage der GRÜNEN zur Beteiligung der BRD an bevölkerungspolitischen Programmen in Entwicklungsländern, Deutscher Bundestag 1989

---

<sup>7</sup>Innerhalb der Weltgesundheitsorganisation wurde das "Special Programme for Research Development and Research Training in human Reproduction (WHO-HRP)" eingeführt.

Kreditvereinbarungen schwanger, müssen sie einen höheren Zins entrichten. Es zeigt sich, daß die propagierte Wahl- und Entscheidungsfreiheit der Frauen im Süden Illusion bleibt. Familienplanung ist kein gesellschaftsfreier Raum, in dem Frauen plötzlich frei entscheiden.

Ein Höhepunkt derartiger Politik ist die Verknüpfung bevölkerungspolitischer Maßnahmen mit solchen, die gleichzeitig für ökonomische Abhängigkeiten vom (Welt)markt-Strukturen in Form von Lohnarbeit sorgen - so die Aktion mit dem Slogan "Überlassen Sie die nächste Schwangerschaft dem Schwein", bei der in Thailand Frauen, die verhüten, junge Schweine zur Mästung und das entsprechende Futter zu einem reduzierten Preis von einer Familienplanungsorganisation erhalten. Sind die Schweine gemästet, werden sie von dieser Organisation wieder vermarktet. Im Falle einer Schwangerschaft heißt es "Geld zurück", d.h. die erhaltenen Zuschüsse werden nachträglich entzogen. Genannt wird diese Schweinerei "einkommenschaffende Maßnahme".<sup>8</sup> Ähnlich subtil sind integrative Maßnahmen in der Bundesrepublik und anderen westlichen Staaten, bei denen Fremdwänge tendenziell durch Selbstzwänge ersetzt werden.

## Ihr Kinderlein kommet - Bevölkerungspolitik in der BRD

---

<sup>8</sup>Beispiel nach: Michaela Schuh, Die "richtigen Kinder" von den "richtigen Frauen", in: Anti-EG-Gruppe Köln, Verlassen wir dieses Europa! Texte zur Kritik der EG und zur internationalismusbearbeit

Diese stehen allerdings in krassem Gegensatz zur bevölkerungspolitischen Linie im Trikont. Zwar wird auch hier von "Zeitbombe", "Katastrophen" und ähnlichem gesprochen, gemeint ist aber genau das Gegenteil: Die Bevölkerung, genauer "die Deutschen", sterben aus. Im Gegensatz zur Argumentation im Trikont wird, zum Beispiel mit Hinweis darauf, daß arbeitsfähige Bevölkerung "nachwachsen" muß, damit das Rentensystem stabil bleibt, argumentiert, daß der bundesdeutsche Wohlstand nicht erhalten bleiben könne, wenn die Geburtenrate weiter sinke. Damit gerät die bevölkerungspolitische Praxis hier in direkten Widerspruch zur Argumentation, daß viel Bevölkerung ein ökologisches Problem sei, immerhin verbraucht ein Mensch in den westlichen Industriestaaten wesentlich mehr Ressourcen als eineR im Trikont. Vielmehr deutet es abermals darauf hin, daß es um die Verteilung von Reichtum geht und die bestehenden Verteilungs- und Produktionsverhältnisse erhalten bleiben sollen.

Warum pronatalistische Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik? Auch der Verdacht rein völkischen Wahns, der hier oder da sicherlich eine Rolle spielt, greift zu kurz. Ersteinmal paßt die Vorstellung vom Erhalt der eigenen "Nation" auch in kulturalistisch-rassistische Vorstellungen inklusive "Überfremdungsangst". Zudem geht pronatalistische Bevölkerungspolitik hier über die rein mengenmäßige Kontrolle des zur Verfügung stehenden Menschenmaterials für Arbeitsmarkt oder Armee hinaus, denn das

ließe sich auch durch Arbeitskräfteimport per Einwanderungsgesetz o.ä. regeln. Die Aufzucht des Nachwuchses als hiesige StaatsbürgerInnen sorgt zusätzlich dafür, daß die patriarchale Sozialisation in der Kleinfamilie, in Schulen usw. erhalten bleibt. D.h. die bürgerlich-patriarchalen Verhältnisse werden reproduziert, während sie im Trikont teilweise erst geschaffen werden müßten,<sup>9</sup> was natürlich zusätzlich passiert, zum Beispiel durch Zerstörung der Subsistenzproduktion. Gleichzeitig werden auch die Eltern, die ansonsten vielleicht keine Kinder hätten, in ihre gesellschaftlichen Rollen gepreßt. Dies gilt insbesondere für die Frauen, die dabei entweder als "Hausfrau und Mutter" vollständig ins "Private" abgedrängt werden oder denen per "Vereinbarung von Familie und Beruf" eine Doppelbelastung zugemutet wird.

Die dafür notwendigen staatlichen Begleitmaßnahmen sind dann die, die unter die Rubrik Familienpolitik fallen. So förderte die Bundesregierung beispielsweise 1994 die bundeseigene Stiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens" mit insgesamt 180 Mio. DM. Im neuen §218 übrigens "familienfördernde Leistungen" genannt.

## Geburtenkontrolle per §218

Ohnehin ist der §218 schon immer ein herausragendes Instrument der Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik gewesen. Wenn zum Beispiel, wie in der kürzlich im Bundestag verabschiedeten Version, davon die Rede ist, daß die Beratung "ergebnisoffen" sein soll, aber "dem Schutz des ungeborenen Lebens dient", deutet dies darauf hin,

---

<sup>9</sup>"Millionen innerlich gesunder Familien mit rechtschaffenen erzogeten Kindern sind als Sicherung gegen die drohende Gefahr der kinderreichen Völker des Ostens mindestens ebenso wichtig, wie alle militärische Sicherung" (Wümeling, 1. Familienminister der BRD)

daß es nicht mehr um direkte Repression den Frauen gegenüber geht, sondern darauf hingewirkt wird, daß diese sich in Ihrer Rolle als "Mutter" vorgeblich selbstbestimmt dafür einsetzen, "am Erhalt" der "westlichen Wertegemeinschaft", "des deutschen Volkes", der "Solidargemeinschaft" oder woran auch immer mitzuwirken. So steht dann auch im Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Mai 1993, daß "die im Überlassen einer Letztverantwortung zum Ausdruck kommende Achtung vor dem Verantwortungsbewußtsein der Frauen Appellfunktion haben und geeignet sein (kann), allgemein die Verantwortung von Frauen gegenüber dem ungeborenen Leben zu stärken, sofern dies vor dem Hintergrund einer wachgehaltenen Orientierung über die verfassungsrechtlichen Grenzen von Recht und Unrecht geschehe."

Zudem ist am Urteil wichtig, daß das Bundesverfassungsgericht darin erstmalig aus dem Fötus ein eigenständiges, von der Mutter getrenntes Rechtssubjekt macht, demgegenüber der Staat eine Schutzfunktion hat, d.h. er vertritt dessen vorgebliche Rechte.

Damit ist ein gesellschaftlich bestimmter Zugriffsmachanismus auf die Gebärfähigkeit der Frauen geschaffen. Wann mit welcher Intention Druck auf die Frauen ausgeübt wird, ergibt sich aus dem aktuellen gesellschaftlichen Kontext, in dem der Staat die vorgeblichen Interessen des Fötus der Frau gegenüber vertritt. Real werden die an Nützlichkeitsaspekten orientierten eigenen Interessen an der Kontrolle des Bevölkerungswachstums durchgesetzt.<sup>10</sup>

---

<sup>10</sup>"Jeder muß wissen, daß das gegenwärtige Sozial- und Wirtschaftssystem nur mit einer ausreichenden Kinderzahl aufrechterhalten werden kann. Wir brauchen begabten Nachwuchs für die wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Entwicklung; nur mit ausreichend begabten und gut ausgebildeten jungen Menschen können wir im Wettbewerb mit USA, Japan, Frankreich und aufstrebenden Ländern wie Korea, Taiwan oder Brasilien mithalten" (Schmidt-Kahler,

## Selbstbestimmung oder "Eigenverantwortung als Mutter"

Durchgesetzt werden diese gesellschaftlichen Normen über die Beratungsstellen bzw. die "Eigenverantwortlichkeit" der Frau, über die

an die soziale Verantwortung appelliert werden soll. Dazu paßt dann auch die mit dem neuen §218 hinzugekommene Kriminalisierung des Umfelds der Schwangeren. Mit der

Regelung, daß "nötigen" zur Abtreibung strafbar ist<sup>11</sup> wird tendenziell eine Stimmung im Umfeld geschaffen, die der Schwangeren signalisiert, daß es ihre soziale Verantwortung dem "Kind" gegenüber sei, es zu bekommen. "Mutter sein" erscheint damit nicht nur abstrakt juristisch als soziale Bestimmung der Frau, indem ein Schwangerschaftsabbruch eine Straftat darstellt, sondern auch im

---

Theodor, in: Politik gegen die Familie ist Politik des Untergangs, Arbeitgeberverband der Metallindustrie Köln (Hrsg.), Köln 1987)

<sup>11</sup>Ein besonders schwerer Fall (der Nötigung, die AutorInnen) liegt in der Regel vor, wenn der Täter eine Schwangere zum Schwangerschaftsabbruch nötigt.", aus dem neuen Anti-Abtreibungsgesetz, das am 1.10.1995 in Kraft getreten ist.

konkreten Lebenszusammenhang, indem sie unter den derzeitigen pronatalistischen Bedingungen hier nur als Mütter wahr- bzw. ernstgenommen werden. Nicht zuletzt auch bei der Beratung. Die Körper der Frauen werden als Gebärmaschinen benutzt.

Daß es um Bevölkerungskontrolle geht und nicht darum, was die Frau denn will, zeigt auch die Praxis bei der Pränataldiagnostik bzw. humangenetischen Beratung. Das sind Technologien, mit denen sich bereits vor der Geburt Behinderungen und andere

mögliche "Abweichungen" des späteren Kindes von der Norm feststellen lassen. Die Schwangere wird so zur Versuchsanordnung, die "abgebaut" wird, wenn die gesellschaftlichen Gütestandards nicht erfüllt sind. Eingeführt und gefeiert wird diese Technik unter dem Label "Selbstbestimmung der Frau", woraus real eine lediglich zweckrationale, "eigenverantwortliche" Entscheidung wird, was im Klartext heißt: "Siehe zu, wie Du unter den gegebenen Bedingungen zurecht kommst." Der Schritt dahin, daß die Krankenkasse für "vorsätzlich" behindert ausgetragene Kinder keine Kosten mehr übernimmt, ist dann nur noch ein kleiner.<sup>12</sup> Unter als "schicksalhaft"

---

<sup>12</sup>In einer Broschüre der Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr der Familie 1994 heißt es zum Stichwort "Behinderte": "Das Jahr könnte die Möglichkeiten der Familie in folgenden Bereichen verbessern a) Verhütung von

erscheinenden gesellschaftlichen Bedingungen, die die Gründe dafür, daß behinderte oder sonstwie nicht verwertbare Kinder eine Last sind, steht eine solche Entscheidung tendenziell unter eugenischen Vorzeichen. Insofern wird es wohl rein gar nichts ändern, daß bei der Neufassung des §218 die eugenische Indikation weggefallen ist.

Bevölkerungspolitische und eugenische Praxis ist somit kein ideologischer Wahn, wie mensch zum Beispiel mit Blick auf die christlichen LebensschützerInnen meinen könnte, sondern entsteht aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang.

Das wird auch aus einer Analyse der Rolle der Kirchen deutlich. Während sich die LebensschützerInnenideologie beim §218 durchsetzen konnte und die Diskussion in weiten Teilen bestimmte bzw. das Thema zu einem in der Öffentlichkeit seit Jahren diskutierten macht, kommt denselben Beweggründen à la "von Gott gegebenes Leben, da haben wir nicht rumzupfuschen" in der Debatte um Pränataldiagnostik, Humangenetik, Gentechnologie usw. nicht einmal annähernd dieselbe Bedeutung zu, weil sie real zur Ablehnung der Technologien führt. Christliche/katholische Ideologie scheint sich nur dann durchsetzen zu können, wenn sie in den Verwertungszusammenhang der bürgerlichen Gesellschaft paßt. Im Fall des §218 sozusagen als "glückliche Fundsache" im Sammelsurium bevölkerungspolitischer Legitimationsstrategien.

Aus bevölkerungspolitischer Sicht wäre eine solche Ablehnung von Pränataldiagnostik, Gentechnologie oder Humangenetik auch eine Katastrophe, immerhin geht es um sogenannte "Zukunftstechnologien", die einen riesigen Schritt von quantitativer Bevölkerungspolitik hin zu qualitativer tun. Als bestimmende Akteure finden sich im bevölkerungspolitischen Spannungsfeld zwischen Staat, gesellschaftlichen Gruppen und Individuen nun die Wirtschaft

und Wissenschaftler, die aus Profitinteresse bzw. profilierungssüchtig und ehrgeizig das internationale Forschungsrennen vorantreiben.

Die neueren Entwicklungen der Reproduktionstechnologie, Humangenetik und Verhütungsmedizin haben jedoch nicht nur gemeinsam, daß sie vorgeblich vor allem dem Frauenwunsch nach Fruchtbarkeitskontrolle zu Diensten sind. Es verbindet sie auch, daß sie alle nicht von den Nutzerinnen kontrolliert werden können, sondern nur von den ExpertInnen aus Wissenschaft und Wirtschaft.

## Feministische Bevölkerungspolitik?

Die Frage, ob Bevölkerungspolitik mit reproduktiver Selbstbestimmung von Frauen vereinbar ist<sup>13</sup>, oder ob Bevölkerungspolitik immer antifeministisch ist<sup>14</sup>, zieht eine Konfliktlinie durch internationale feministische Bewegungen. Der Konflikt wurde insbesondere vor und während der Weltbevölkerungskonferenz 1994 in Kairo ausgetragen. So werden mittlerweile NGOs (Nichtregierungsorganisationen) in die offiziellen Vorbereitungen miteinbezogen. So etwas macht sich in der Öffentlichkeit immer gut und außerdem können so unbequeme NGOs durch konstruktive

---

<sup>13</sup>"Bevölkerungspolitik muß viele Bedingungen berücksichtigen und einbeziehen, die Einfluß auf die reproduktive Gesundheit und Rechte von Frauen und Männern haben.", aus: Women's Declaration on Population Policies, New York, März 1993

<sup>14</sup>"Es kann keine feministische Bevölkerungspolitik geben, das Bevölkerungspolitik feministische Grundprämissen verletzt und ihnen widerspricht.", aus Declaration of People's Perspective on "Population" Symposiums, Comilla, Bangladesh, 12.-15.12.1993

Mitarbeit zum Schweigen gebracht werden. Die meisten NGOs betreiben auf den großen UN-Konferenzen mittlerweile nur noch "Lobbypolitik".

In den offiziellen Papieren tauchen heute sogar Wörter auf, die vor ein paar Jahren nur von Feministinnen in den Mund genommen wurden. Jedoch haben Worte wie "reproduktive Gesundheit", "empowerment" (Stärkung der Frauen) oder "sexuelle Rechte der Frau" nicht mehr viel mit dem ursprünglichen Inhalt gemein, sondern wurden dem UN-Vokabular entsprechend umdefiniert. JungdemokratInnen/Junge Linke gehen davon aus, daß es keine feministische Bevölkerungspolitik geben kann, da sie sich nur in herrschaftlich vermittelten Zusammenhängen entfalten kann und Selbstbestimmung damit unmöglich macht.

## Praktische Auswirkungen

Die Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln ist absolute Voraussetzung für sexuelle Selbstbestimmung, gleichzeitig kann die gezielte staatliche Vergabe solcher Mittel, z.B. Kondome, Teil eines bevölkerungspolitischen Programms sein, das es zu kritisieren und bestenfalls zu verhindern gilt. Wenn parallel bzw. vorher die Anwendung traditioneller Verhütungsmethoden verboten bzw. diffamiert und das Wissen darüber vernichtet wird, die Menschen also auch noch abhängig von den industriell hergestellten Verhütungsmitteln werden, sollte aber klar sein, wohin die Reise geht.<sup>15</sup> Das heißt nicht, daß wir gegen die propagierten

---

<sup>15</sup>Das lohnt sich auch: Stolz wird vermerkt, daß UNFPA (Weltbevölkerungsorganisation) 1992/1993 über die Hälfte seiner Einkäufe in der BRD getätigt hat: 31,8 von 60 Millionen Dollar kamen in die Kassen deutscher Firmen. Damit floß mehr nach Deutschland zurück, als die Regierung in die Kasse von UNFPA zahlte.

Verhütungsmethoden als solche wären, solange diese gesundheitlich vertretbar sind und freiwillig eingesetzt werden, wohl aber gegen die Umstände, unter denen sie zum Einsatz kommen.

Gleiches gilt auch für bildungspolitische und die diversen familienpolitischen Maßnahmen, die in bevölkerungspolitische Programme eingebettet sind. Natürlich lehnen wir Alphabetisierung nicht ab - sie eröffnet zusätzliche Möglichkeiten zur Selbstbestimmung. Wir kritisieren sie aber in ihrer Funktion, die Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft voranzutreiben.<sup>16</sup>

Die Kritik integrativer Maßnahmen der Bevölkerungspolitik ist damit im wesentlichen die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft, die mit herrschaftlichem Blick die Menschen nur als gesellschaftlich nützlichen Faktor betrachtet und sie als Bevölkerung regulieren, kontrollieren und bestimmen will. Wie diese Integration geschieht, ergibt sich aus diesen Verhältnissen.

Konkret geht es um die Erweiterung von Entscheidungs- und Handlungsspielräumen dort, wo Frauen zerrieben werden zwischen männlichen Ansprüchen, religiösen Vorschriften und der Praxis und Propaganda staatlicher und nichtstaatlicher Familienplanungskampagnen.

## Forderungen

**JungdemokratInnen/Junge Linke fordern daher hier und weltweit:  
\* Die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218**

---

<sup>16</sup>Hier kommt unsere grundsätzliche Kritik an der Institution Schule zum Tragen, was wir aber hier nicht ausführen, schließlich geht es um Bevölkerungspolitik.

- \* **Zugang zu sicherer Verhütung und legaler Abtreibung innerhalb eines allgemeinen Gesundheitsdienstes**
- \* **ökonomische Verhältnisse, die die freie Wahl für ein Leben mit oder ohne Kinder materiell absichern**
- \* **Möglichkeiten zur Selbstorganisation von Kinderbetreuung**
- \* **Erforschung von Verhütungsmitteln, die bei Männern ansetzen**

